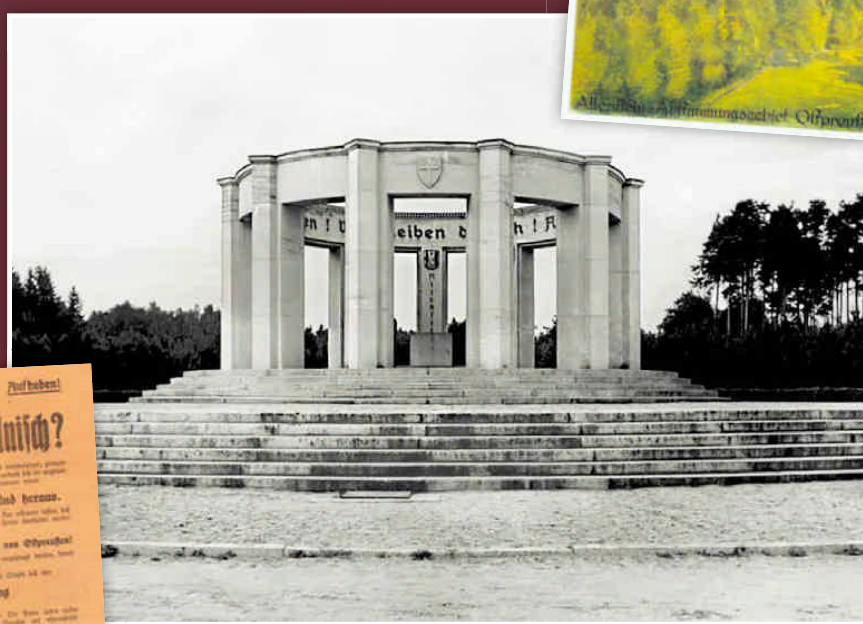




Sonderveröffentlichung
 Preussische Allgemeine Zeitung
 Freitag, 10. Juli 2020 – 1,00 €

PAZ-SPEZIAL

Volksabstimmung 1920



Symbol eines kurzen Triumphs: Das 1923 auf dem Jakobsberg errichtete Abstimmungsdenkmal in Allenstein

Oben und links: Postkarte und Infozettel aus der Zeit der Abstimmung

100 Jahre Volksabstimmung

Zum Gedenken an das Referendum vom 11. Juli 1920
 in Ost- und Westpreußen



100 Jahre Volksabstimmung

IN DIESER BEILAGE

Meilenstein der Geschichte

Gedanken zum Geleit vom Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Seite 2

Ein deutscher Jahrestag

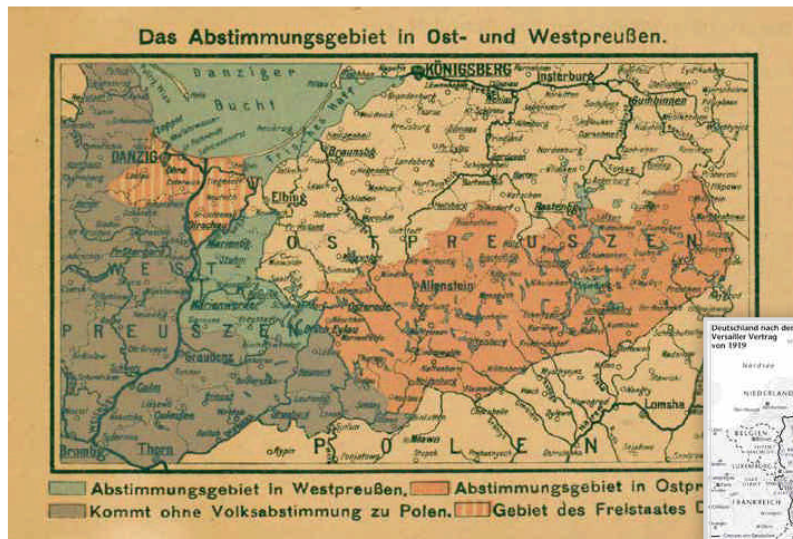
Die Volksabstimmung 1920 und die zarte Pflanze des Selbstbestimmungsrechts der Völker
Seite 3

Vergessene Volksgruppe

Das Referendum in Ost- und Westpreußen und die Identität der Masuren
Seite 5

Chronologie der Ereignisse

Vom Versailler Vertrag zur Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen – ein Überblick
Seite 6



Umstrittenes Land: Auf der Grundlage des Versailler Vertrags wurden nach dem Ersten Weltkrieg in einigen deutschen Grenzregionen Volksabstimmungen über deren künftige staatliche Zugehörigkeit durchgeführt. Im Nordosten Deutschlands betraf dies die südlichen Kreise Ostpreußens und einige Kreise Westpreußens (Abbildung links). Das dortige Referendum fand am 11. Juli 1920 statt. Die Karte rechts unten zeigt die territoriale Situation Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg.
Karten: Kulturzentrum Ostpreußen



ZUM GELEIT

Verdrängter Meilenstein ostpreußischer Geschichte

VON STEPHAN GRIGAT

Liebe Ostpreußen, liebe Freunde Ostpreußens, sehr geehrte Damen und Herren!
Vor 100 Jahren, am 11. Juli 1920, fand in zehn Kreisen Ostpreußens und vier Kreisen Westpreußens eine Volksabstimmung über die künftige staatliche Zugehörigkeit des jeweiligen Abstimmungsgebiets statt. Zur Wahl stand die weitere Zugehörigkeit zu Deutschland oder ein Wechsel zu Polen.
Diese Volksabstimmung war, nicht zuletzt aufgrund der von dem kurz zuvor wiedererrichteten Polen erhobenen Gebietsansprüche, durch die Siegermächte des für Deutschland verlorenen Ersten Weltkriegs angeordnet und in den Artikeln 94 bis 97 des Versailler Vertrags festgeschrieben worden.

Klares Bekenntnis zu Deutschland

Das Ergebnis der Abstimmung war „eine ost- und westpreußische Ohrfeige für die Polen“, wie die „Lycker Zeitung“ am 13. Juli 1920 titelte: Im ostpreußischen Teil des Abstimmungsgebiets stimmten 363.209 Personen oder 97,5 Prozent für den Verbleib bei Deutschland und 7980 oder 2,5 Prozent für Polen, im westpreußischen Teil 97.894 oder 92,4 Prozent für Deutschland und 7.947 oder 7,6 Prozent für Polen.

Das Abstimmungsergebnis setzte die polnische Führung und die von ihr ohne jede Rücksicht auf die Fakten gepushte veröffentlichte Meinung unter Schock, obgleich sieben Jahre später der polnische Präsident Pilsudski zum deutschen Außenminister Stresemann sagte, „Ostpreußen ist ein unzweifelhaft deutsches Land. Das ist von Kindheit an meine Meinung, die nicht erst der Bestätigung durch eine Volksabstimmung bedurfte. Und dass dies meine Meinung ist, können Sie ruhig Ihren Ostpreußen in einer öffentlichen Versammlung in Königsberg zur Beruhigung mitteilen.“

Niemand, der offene Augen und einen klaren Verstand hatte, hatte ein anderes Abstimmungsergebnis erwarten können.

Verdrängte Geschichte

Heute, nachdem 100 Jahre vergangen sind, ist in Deutschland nicht nur diese Abstimmung in Vergessenheit geraten, sondern die ganze über 700jährige deutsche Geschichte Ostpreußens gleich mit.

Es ist an uns, das zu ändern und die ostpreußische Kultur und Geschichte ans Licht zu holen und dort zu bewahren. Dabei helfen uns die Volksabstimmung von 1920 und ihr Ergebnis noch heute:

Ohne die Volksabstimmung vor 100 Jahren würde der gesellschaftliche und politische Mainstream heute

Ohne die Volksabstimmung vor 100 Jahren würde der gesellschaftliche und politische Mainstream heute wohl fest auf dem Standpunkt verharren, Ostpreußen sei doch eigentlich immer ein polnisches Land gewesen

wohl fest auf dem Standpunkt verharren, Ostpreußen sei doch eigentlich immer ein polnisches Land gewesen. Das Ergebnis der Volksabstimmung straft eine solche Haltung damals wie heute Lügen.

1945 wurden die Ostpreußen nicht mehr gefragt, sondern fast vollständig vertrieben.

Gedenken unter besonderen Umständen

Die Landsmannschaft Ostpreußen hatte ursprünglich geplant, anlässlich des 100. Jahrestages der Abstimmung im Kopernikushaus in Allenstein in Ostpreußen eine große und würdige Festveranstaltung durchzuführen. Leider wurde dieses Vorhaben durch die Corona-Krise vereitelt.

Deswegen haben wir uns entschlossen, die Veranstaltung gewissermaßen digital durchzuführen, in dem wir die geplanten Vorträge vorab aufzeichnen und auf der Internetseite der Preußischen Allgemeinen Zeitung, www.paz.de, veröffentlichen. Unsere Hoffnung ist, dass das Gedenken durch diese aus der Not heraus geborene Lösung letztlich eine größere Verbreitung und eine größere Nachhaltigkeit erzielt, als es mit unserer ursprünglich geplanten Veranstaltung in Allenstein möglich gewesen wäre.

Zudem dokumentieren wir die gehaltenen Vorträge unserer Gedenkveranstaltung – erweitert um einen Artikel, der die damaligen Ereignisse noch einmal nachzeichnet – in der vorliegenden Sonderbeilage der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. Die Beilage kann auch ohne Zeitungs-Abonnement in der Geschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. bezogen sowie auch von Abonnenten nachbestellt werden.

Ich wünsche Ihnen eine angeregte Lektüre der vorliegenden Beiträge, beziehungsweise ein informatives Verfolgen der Gedenkreden unter www.paz.de, und ich würde mich freuen, wenn Sie durch Weitergabe dieser Beilage und/oder Weiterempfehlung der digitalen Gedenkveranstaltung mithelfen würden, an das denkwürdige Ereignis der Volksabstimmung vor 100 Jahren ebenso zu erinnern wie an die über 700jährige deutsche Geschichte Ostpreußens.

Ihr
Stephan Grigat
Sprecher der
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



FOTO: MULTIMEDIA/OSTPREUSSEN

„Eine ost- und westpreußische Ohrfeige für die Polen“: Die *Lycker Zeitung* vom 13. Juli 1920 verkündet das Ergebnis der Volksabstimmung in Masuren, Ermland und Westpreußen

Die Redebeiträge zur digitalen Gedenkveranstaltung der Landsmannschaft Ostpreußen zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung am 11. Juli 1920 finden Sie unter www.paz.de/volksabstimmung

IMPRESSUM

100 Jahre Volksabstimmung

VON MANFRED KITTEL

Auf dem Stimmzettel hatte man sich im Juli 1920 nur zwischen Polen und Ostpreußen zu entscheiden, nicht zwischen Polen und Deutschland. Die Regierung in Warschau hatte gehofft, Ostpreußen so im Falle einer Abstimmungs-niederlage – ählich wie Danzig – zumindest noch als eine Art Freistaat vom Deutschen Reich abspalten zu können. Das Wort „Deutschland“ stand deshalb, wie gesagt, im Juli 1920 gar nicht auf dem Stimmzettel. Aber: Alle Menschen in Ost- und Westpreußen wussten genau, dass sie für den Verbleib ihrer Heimat beim Deutschen Reich stimmen würden, wenn Sie in der Wahlkabine das Wort „Ostpreußen“ ankreuzten. Und so kam es dann auch – mit den bekannten Ergebnissen. 97,5 Prozent beziehungsweise 92,4 Prozent in den beiden ost- beziehungsweise westpreußischen Abstimmungs-zonen für den Verbleib bei Deutschland.

Beschränkte Sicht auf die Geschichte

Heute gehören diese Gebiete gleichwohl zu Polen, zu einer – zwischenzeitlich Gottseidank demokratischen – polnischen Republik. Der Grund dafür ist die von Stalin geforderte und von der Potsdamer Konferenz der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs im Sommer 1945 beschlossene Westverschiebung Polens. Der Wunsch Moskaus nach Reparationen war nach Hitlers mörderischem Vernichtungskrieg historisch erklärbar: Nur weshalb musste es unbedingt so viel Land sein? Die große Sowjetunion litt zwar an sehr vielem, an einem Mangel an Land aber doch gewiss nicht. Nach Hitlers Krieg war es Moskau allerdings ein Leichtes, für eine polnische Westverschiebung zu Gunsten Sowjetrusslands die Zustimmung der Westmächte zu erhalten. Und so kam schließlich auch der Süden Ostpreußens trotz seines „demokratischen Bekenntnisses zu Deutschland“ von 1920 (Walter Hubatsch) und obwohl er großenteils seit dem Frieden vom Melnosee 1422 über 500 Jahre lang Teil des Deutschen Reiches gewesen war, doch noch zu Polen – damals freilich zu einem kommunistischen Nachkriegspolen.

Unter normalen Umständen hätte ich dieser Tage auf der Reise nach Allenstein mit meiner Familie auch an der Wolfsschanze Station gemacht, in Erinnerung an ein anderes historisches Datum, an den 20. Juli 1944 und die mutige Tat des Grafen Claus von Stauffenberg. Was ein gesamtdeutscher denkender Mann wie Stauffenberg wohl zu der aktuellen Diskussion um den 8. Mai 1945 sagen würde? Denn es ist ja schon eine arg beschränkte Perspektive, diesen Tag allein auf den Nenner der sogenannten „Befreiung“ zu reduzieren, historisch-politisch, geographisch beschränkt, nämlich ganz und gar westdeutsch beschränkt. Sicherheit, für den Westen Deutschlands stimmt es weitgehend. Der 8. Mai 1945 bedeutet hier nicht nur die Befreiung der KZ-Opfer, er bot auch die Chance, unter der konservativen Staatsführung Konrad Adenauers den besten Staat der deutschen Geschichte aufzubauen.

Aber: Für das alte Ostpreußen, für Schlesien, für die meisten der jahrhundertalten Staats- und Siedlungsgebiete der Deutschen im Osten war dieser 8. Mai 1945 eben alles andere als ein Tag der Befreiung. Es war der Tag der Vernichtung. Deshalb sprach unser erster Bundespräsident Theodor in diesem Kontext völlig zu Recht davon, dass die Deutschen „erlöst und vernichtet in einem“ gewesen seien. Und auch für die Völker jenseits des bald niedergelassenen Eisernen Vorhangs, die nur vom braunen in den roten Totalitarismus wechselten, von Ungarn bis zum Baltikum, konnte von Befreiung doch keine Rede sein.

Die beschränkten Perspektiven deutscher Erinnerungskultur haben, denke ich, nicht zuletzt damit zu tun, dass man Ereignisse wie zum Beispiel diesen 11. Juli 1920 außerhalb der Landsmannschaften heute oft so gar nicht mehr auf dem Schirm hat. Und



Wahlkampf für das Vaterland: Im Vorfeld der Volksabstimmung warben Deutschland und Polen um die Stimmen der Abstimmungsberechtigten. Im Bild eine predeutsche Großkundgebung zum Referendum in Osterode im Juli 1920
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Ein deutscher Jahrestag

Das Plebiszit der Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920 und die zarte Pflanze des Selbstbestimmungsrechts der Völker

das gilt auch für andere Ereignisse, die daran erinnern, dass zur Singularität der NS-Zeit eben auch der singuläre Gebietsverlust gehörte, der für Deutschland darauf folgte. Wie weit das heute alles weg ist, sei an einer Episode veranschaulicht.

Propaganda beider Seiten

Heute löst bei vielen Deutschen, vor allem wenn sie fußballbegeisterte Anhänger des FC Bayern München sind, der in Polen verbreitete Name Lewandowski die wärmsten Gefühle aus. 1920 war das überhaupt nicht so. Der Herr Lewandowski von damals hieß auch nicht Robert wie der Bayern-Stürmer von heute, sondern Zenon. Dieser Zenon Lewandowski war in der Zeit vor der Abstimmung einer der eifrigsten Propagandisten für die polnische Seite, später dann erster Generalkonsul in Allenstein. 1919 hatte er bereits die sogenannte Masuren-Deputation der polnischen Regierung in Paris angeführt, mit der die Siegermächte des Ersten Weltkriegs davon überzeugt werden sollten, dass die masurischen Kleinbauern wegen ihres alt-polnischen Dialekts vom vermeintlichen „deutschen Joch“ befreit werden müssten.

Eng an Zenon Lewandowskis Seite damals: der Generalsuperintendent der sehr, sehr kleinen Evangelischen Kirche Polens. Der hätte die evangelischen Masuren gern eingemeindet, um seine kleine Herde wenigstens etwas zu vergrößern. Deshalb unterschrieb er im April 1919 den legendären Aufruf „An unsere masurischen Brüder“. „Fürchtet euch nicht“, so hieß es in dem Aufruf, „die Vereinigung mit Polen verbürgt euch nicht nur geringere Steuern, weil ihr nicht die Kosten des (Welt-)Krieges zu zahlen haben werdet, den die ... Deutschen so schmachlich verloren haben“. Weiter war in dem Aufruf zu lesen: „Überall werdet ihr unsere teuren polnischen Laute, polnische Sitte, polnische Schulen, Ämter haben, zu-

gleich polnische Predigten in der Kirche“; also: „Stimmt alle für Polen“.

Deutscherseits hielt man dem – etwa im *Masurischen Heimatkalender* – den ideellen Wert der Treue zum Vaterland entgegen. In einem ABC für das Abstimmungsgebiet hieß es zudem, es sei doch einfach wahr, dass Polen in der Kultur „hinter uns zurücksteht“. Fast zwei Drittel in Polen könnten weder lesen noch schreiben; die große Masse lebe in Elend und Schmutz. Man solle sich nur einmal die polnischen Dörfer und Städte ansehen. Wasserleitung und Kanalisation, die es in Deutschland selbst in kleineren Städten schon gebe, seien in Polen nach wie vor „unbekannte Dinge“. Und bei Seuchen würden die Menschen zu Tausenden sterben. Wo selbst solche Argumente nicht richtig zogen, da half gegebenenfalls ein kräftiger Schluck aus einem Vorrat von mehreren 100.000 Litern Schnaps etwas nach, den der ostpreußische Oberpräsident von Batocki während des Plebiszit-Wahlkampfes heimlich ins Abstimmungsgebiet hatte schmuggeln lassen.

Von größter Bedeutung war vor allem der sogenannte Ostdeutsche Heimatdienst. Er unterhielt Filialen in allen Kreisen des Abstimmungsgebietes. Die gesamte lokale Elite von den Pfarrern über die Gerichtsräte bis zu den Schuldirektoren war im Heimatdienst versammelt, um für die deutsche Sache zu werben. Übrigens nicht selten auch in polnischer Sprache. Ich erinnere nur an das bekannte Gedicht des Bauern Johann Gwiasda „Protest naprzeciw Polakom“. Weil aber gerade die jüngeren Masuren meist schon nicht mehr Polnisch lesen konnten, ging umgekehrt die polnische Propaganda dazu über, ihre politischen Positionen in deutschsprachigen Flugblättern zu verteilen.

Ausschlaggebende Faktoren

Der polnischen Seite fehlte es allerdings vor allem auch an hinreichend zahlreichen Ver-



Deutsches Propagandaplatkat zur Abstimmung in Westpreußen

trauensleuten vor Ort. Die Einheimischen waren für die Sache Warschaws oft nur gegen Geld zu gewinnen; ansonsten kamen die meisten Propagandisten aus Polen selbst. Speziell im östlichen Masuren blieb die propolnische Organisation deshalb ganz schwach. Später ist manchmal das Argument zu hören gewesen, dass angesichts einer Wahlbeteiligung von 88 Prozent die restlichen 12 Prozent fast ausschließlich propolnische Bürger gewesen seien: Polen, die vom Psychoterror der deutschen Seite und von einzelnen Gewalttaten nur derart eingeschüchtert gewesen seien, dass sie sich nicht mehr trautes, zur Wahl zu gehen. Selbst dann wären jedoch die summa summarum maximal 15 Prozent Stimmen für Polen immer noch eine kleine Minderheit gewesen. Die Zahl ist jedenfalls umso erklärungsbedürftiger, wenn man die Warschauer Argumentation von damals kennt, dass es sich bei den Masuren einfach nur um oberflächlich germanisierte Volkspolen handeln würde.

Um das klare predeutsche Ergebnis der Volksabstimmung zu verstehen, braucht es meines Erachtens aber gar keine besondere Interpretationskunst. Zunächst einmal ist zu sehen, dass aus der Perspektive des Sommers 1920 eigentlich beide Länder, Deutschland wie Polen, ziemlich riskante Vaterländer waren, alles andere als besonders attraktiv. Weimar-Deutschland würde die Reparationen für den Krieg des fahnenflüchtigen Kaisers bezahlen müssen. Die Revolution von 1918/19, den Kapp-Putsch vom März 1920 hatte das Land gerade eben erst hinter sich.

Und Polen? Warschau durfte sich zwar als Sieger des Ersten Weltkriegs fühlen, dem das Land seine staatliche Wiederaufrechterhaltung nach über 100jähriger Teilung verdankte. Aber aktuell war damals völlig unklar, wie der polnische Krieg gegen Sowjetrussland ausgehen würde. Zeitweilig drohte die komplette Besetzung Polens durch die

Die beschränkten Perspektiven deutscher Erinnerungskultur haben sicher auch damit zu tun, dass Ereignisse wie dieser 11. Juli 1920 weitgehend verdrängt sind



100 Jahre Volksabstimmung

Rote Armee. Als am 11. Juli 1920 in Ost- und Westpreußen gewählt wurde, war die Schlacht bei Warschau noch nicht geschlagen. Das Wunder an der Weichsel, das militärisch die Wende bringen sollte, fand einige Wochen später, im August 1920, statt. Stand also im Falle einer Mehrheit für Polen beim Plebiszit nicht sogar zu befürchten, dass die wehrfähigen Männer Masurens erneut in einen Krieg würden ziehen müssen? So gesehen waren damals weder Polen noch Deutschland erste Wahl.

Das heißt aber auch, dass eben nicht kurzfristiges Kalkül, sondern die längerfristigen politischen Grundüberzeugungen der Masuren den Ausschlag geben sollten. Und hier war entscheidend, dass im Ergebnis eines halben Jahrtausends der Zugehörigkeit Masurens zu verschiedenen deutschen Staatsgebilden das nationale Bewusstsein auch sehr klar nach der deutschen Seite hin ausschlug. Man hat dabei auch zu berücksichtigen, dass nationales Denken damals oft noch sehr stark mit religiös-konfessionellem Denken zusammenhing. Evangelisch, das hieß in Masuren oft einfach auch: preußisch/deutsch. Und das war unter Umständen viel ausschlaggebender als die ethnische Herkunft. Allerdings sollte man auch nicht übersehen, dass selbst im Allensteiner Land, das ja nicht zum Ordensstaat, sondern zum katholischen Ermland gehört hatte, zwar nicht gleich 95 Prozent, aber immer noch ca. 85 Prozent für Deutschland bzw. für Ostpreußen votiert hatten, in der Stadt Allenstein sogar um die 98 Prozent.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Ethnische Herkunft, sprachlich-konfessionelle Situation, historische Strukturen, mehr oder weniger objektive Faktoren oder subjektives politisches Bewusstsein, das alles waren mögliche Gründe einer Wahlentscheidung am 11. Juli 1920 – bei jedem Bürger individuell in einem etwas anderen, spezifischen Mischungsverhältnis. Damit sind wir bereits mittendrin in der Frage nach Sinn und Zweck des sogenannten Selbstbestimmungsrechts der Völker; eines Rechts, das damals nach dem Ersten Weltkrieg erst so richtig in Mode kam.

Der wirtschaftlich stärkste Staat der Siegerkoalition, bald auch militärisch der stärkste, waren die USA. Ihr Präsident Woodrow Wilson hatte den Eintritt der USA in den Krieg nicht zuletzt als Kampf gegen die Autokratie und Despotie der Mittelmächte, Deutschland und Österreich-Ungarn, legitimiert. Die innere Demokratisierung Mittel- und Osteuropas wäre insofern ein sehr plausibles und auch ein ausreichend großes Friedensziel gewesen.

Das Problem für Wilson war nur, dass ihm Wladimir Iljitsch Lenin, der Führer der russischen Oktoberrevolution, 1917 zuvor kam. Um die vom Zaren unterdrückten Völker und Volksgruppen von Finnland bis in



Weite Anreisen: Da an der Volksabstimmung auch Menschen teilnehmen durften, die aus Ost- und Westpreußen stammten, inzwischen jedoch woanders lebten, wurde seitens der deutschen Regierung ein umfangreicher Reisedienst zu Lande und zu Wasser organisiert. Das Bild oben zeigt die Ankunft eines Schiffes mit Stimmberechtigten im Hafen von Pillau, die Aufnahme unten die Ankunft am Bahnhof von Marienwerder.

Fotos: Bildarchiv Ostpreußen / Wikipedia

den Kaukasus mittelfristig für die kommunistische Revolution zu gewinnen, hat Lenin ihnen das Blaue vom Himmel herunter versprochen. In mehreren Dekreten vom November 1917 wurde den in Russland lebenden Völkern das „freie Selbstbestimmungsrecht“ verheißen, einschließlich des Rechts auf „Absonderung und Bildung eines selbständigen Staates“. Lenin beschränkte sich auch nicht auf die Völker des Zaren, er dehnte dieses Selbstbestimmungsrecht in einer großen Kampfansage an die westlichen Demokratien auf alle Völker dieser Welt aus.

Wilson erkannte rasch, wie gefährlich und wie ansteckend Lenins Parole vom Selbstbestimmungsrecht sein konnte. Der US-Präsident versuchte deshalb, den Begriff des Selbstbestimmungsrechts jetzt selbst zu besetzen – erstmals in einer Rede vor dem US-Kongress im Februar 1918: Selbstbestimmung, das sei mehr als eine leere Phrase. Völker und Provinzen, so Wilson, würden künftig nicht mehr von einer Staatshoheit in eine andere herungeschoben, so als ob es sich bloß um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handeln würde.

Das Recht der Sieger

Das klang überzeugend. Doch die berühmten 14 Punkte, die Wilson schon einige Wochen vorher, im Januar 1918, verkündet hatte, waren in hohem Maße widersprüchlich. Das Gegenteil von Selbstbestimmungsrecht am Kriegsende ist das alte Siegerrecht, das bis dahin noch nach jedem Krieg letztlich vom Gewinner reklamiert worden war. Und von diesem Siegerrecht, das zeigten auch die 14 Punkte Wilsons, wollten oder konnten selbst die demokratischen Gralshüter in Washington nicht ganz lassen.

Wilson hatte dem neuen Polen einen freien und sicheren Zugang zur Ostsee versprochen. Im gleichen Atemzug hatte er aber betont, dass nur von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnte Gebiete dem neuen Staat angehöhen sollten. Das traf jedoch für die Bevölkerung des gemeinten Gebietes, also für Westpreußen, den späteren „polnischen Korridor“ zur Ostsee, gerade nicht zu. Ein guter Kenner der historisch-politischen und ethnischen Verhältnisse dort, der sozialdemokratische Abgeordnete Ledebour, ging z.B. davon aus, dass bei einem fairen Plebiszit das nördliche Westpreußen für Deutsch-

land optiert hätte. Aber damit wäre dann ein sicherer polnischer Ostseezugang gar nicht möglich gewesen, wie ihn Wilson gleichzeitig versprochen hatte.

Deswegen hat in der Region Danzig eine Volksabstimmung auch nicht stattgefunden. Anders im östlichen Westpreußen und im südlichen Ostpreußen. Aber diese Abstimmungszonen hatten auch insofern Glück, als sie für einen breiten polnischen Ostseezugang weniger unentbehrlich waren. Widersprüchlichkeiten wie diese lassen nachvollziehbar werden, weshalb US-Außenminister Lansing von Anfang an gewarnt hatte: „Die Formel [vom Selbstbestimmungsrecht] ist mit Dynamit geladen. Sie wird Hoffnungen wecken, die nie verwirklicht werden können. Ich fürchte, sie wird Tausende von Leben kosten ... Welche Katastrophe, dass die Formel jemals ausgesprochen wurde“.

Vertane Chancen

Hätte man die Grenzen damals wirklich nach dem freien Willen der Völker gezogen, dann hätte das Sudetenland mehrheitlich gegen die Eingliederung in einen künstlichen tschechoslowakischen Nationalstaat votiert. Österreich hätte sich, wie bis 1866 nahezu ein Jahrtausend lang, wieder mit Deutschland verbunden. Und das nördliche Westpreußen wäre kaum polnisch geworden etc. Aber das hätte natürlich dann das militärische Ergebnis des Ersten Weltkriegs vollkommen auf den Kopf gestellt: So funktioniert Politik nicht.

Den Friedensmachern wird man wohl auch kaum vorwerfen können, dass sie es so weit nicht kommen ließen. Was man freilich kritisieren kann, ist, dass sie sich gerade angesichts der ganzen Vorgeschichte von Wilsons Selbstbestimmungs-Predigten nicht wenigstens zu einem besseren Kompromiss bereitfanden. Ein Kompromiss wäre z.B. gewesen, das junge Selbstbestimmungsrecht derart zu definieren, dass es sich unter bestimmten politisch-historischen Gegebenheiten auch innerhalb eines bestehenden Staatswesens durch Autonomie verwirklichen kann. Das hätte bedeutet: autonome Regionen, damals schon, für die Südtiroler, oder auch für die Sudetendeutschen, eine böhmische Schweiz am besten etc.

Gefährliche Wissenslücken

Ich habe eingangs die Episode von Zenon Lewandowski erzählt. Den muss man heute nicht mehr unbedingt kennen. Aber bei vielen Veranstaltungen zum Thema Vertreibung bin ich – auch während meiner Zeit als Gründungsdirektor der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung – leider selbst bei Jungakademikern immer wieder auf noch ganz andere Wissenslücken gestoßen. Es gibt z.B. tatsächlich Leute, die meinen, Ostpreußen oder Hinterpommern seien seinerzeit überhaupt erst durch Hitler erobert worden und mussten deshalb 1945 auch wieder abgegeben werden. Da fragt man sich schon, ob in der berühmten deutschen Vergangenheitsbewältigung wirklich immer die richtigen Schwerpunkte gesetzt worden sind? Jedenfalls ist es deshalb umso wichtiger, dass auch aus der Zivilgesellschaft heraus Erinnerungsorte wie dieser 11. Juli 1920 weiterhin gepflegt werden.

• **Prof. Dr. Manfred Kittel** ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg. Von 2009 bis 2014 war er Gründungsdirektor der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Kittel ist Vorsitzender des Beirats am Haus des Deutschen Ostens in München, Mitglied der Preussischen Historischen Kommission und Mitherausgeber des Europäischen Journals für Minderheitenfragen. Zu seinen Arbeiten gehört u.a. „Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961-1982)“ (Oldenbourg 2007).

www.uni-regensburg.de

Der Text ist die leicht bearbeitete Fassung des Vortrags zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen. Den Originalvortrag finden Sie als Videodatei unter www.paz.de/volksabstimmung.



Truppenauszug: Vor dem Beginn des Abstimmungsprozesses musste die Reichswehr zur Wahrung der Neutralität die betroffenen Kreise verlassen. Im Bild die Verabschiedung der Garnison in Osterode am 3. Februar 1920

Foto: Bildarchiv Ostpreußen



Handreichung: „Das ABC für das Abstimmungsgebiet Masuren und Ermland“

100 Jahre Volksabstimmung

Die Identität der Masuren

Die Volksabstimmung in Masuren und Ermland 1920 aus Sicht einer Volksgruppe, die zwar größtenteils polnischer Abstammung war, gleichwohl zu fast 100 Prozent für Deutschland stimmte

VON KRZYSZTOF JACHIMOWICZ

Bevor wir das Thema der Volksabstimmung berühren, muss zunächst erklärt werden, wer die Masuren waren. Ostpreußen war ein altes Kolonialland, durch den Deutschen Orden im Mittelalter erobert und besiedelt. Die einheimische Bevölkerung, die Pruzzen, wurde ab dem 13. Jahrhundert unterworfen, zwangsgetauft, aber nicht aufgegeben, obwohl sie sich in mehreren Aufständen gegen die Ordensbrüder erhoben. Da das Land dünn besiedelt war, begann der Orden mit einer planmäßigen Besiedlung mit niederdeutschen Siedlern. In der gleichen Zeit aber begann der Zufluss aus dem benachbarten Polen, und zwar aus Masowien. Diese drei verschiedenen Stämme – Pruzzen, die zu den Baltenvölkern gehörten, germanische Niederdeutsche und slawische Polen – sind dann zu einer ziemlich einheitlichen Ethnie zusammengewachsen: die Masuren. Da die Siedler aus Polen am zahlreichsten waren, haben sie dem Masurenvolk eine überwiegend polnische Prägung verliehen. Die Polen selbst sind auch aus mehreren Stämmen im Mittelalter entstanden, deshalb war diese Entwicklung auch ähnlich. Die Masuren sprachen bis zu ihrem Untergang einen polnischen Dialekt.

Die Bedeutung des Glaubens

Nachdem der letzte Hochmeister in Preußen, Albrecht von Brandenburg-Ansbach, 1525 den evangelischen Glauben angenommen hatte und das Deutschordensland ein weltliches Fürstentum wurde (das Herzogtum Preußen, ein Lehen der polnischen Könige bis zum Frieden von Wehlau 1657), mussten auch die polnischstämmigen Masuren nach der später zum Leitgedanken des Friedens von Münster (1648) gewordenen Parole „cuius regio eius religio“ (wessen das Gebiet, dessen die Religion) evangelisch werden. Seitdem war die in der Mitte des 15. Jahrhunderts festgelegte und bis 1945 bestehende Grenze Ostpreußens auch eine konfessionelle Trennlinie zwischen den masurischen und polnischen Nachbarn. Seit dieser Zeit waren die Wege beider Völker völlig getrennt. Diese Trennung wurde dann durch die weitere Geschichte vertieft. Die Masuren waren auf dem besten Wege, ein eigenes Volk wie zum Beispiel die Kaschuben zu werden, die historische Entwicklung hat dies jedoch zu nichte gemacht.

Die evangelische Kirche in Preußen hatte bis 1918 einen ähnlichen Aufbau wie ihn bis heute die anglikanische Kirche hat. An der Spitze stand der König, später der Kaiser als summus episcopus – das Oberhaupt der Landeskirche. Für Masuren bedeutete dies, dass die Kirche und der König dasselbe waren. Ein guter Christ musste zugleich ein treuer Unterthan sein. Deshalb auch konnten die katholischen Polen in dieser Hinsicht die evangelischen Masuren nicht verstehen – und umgekehrt die Masuren die katholischen Polen nicht, die einer universellen Kirche angehörten.

Würde man sich in die Zeit um 1900 etwa nach Posen und Königsberg versetzen können, würde man kaum Unterschiede feststellen. Auf den Straßen (in Königsberg als Provinzhauptstadt lebten sehr viele Masuren, es gab sogar eine masurische Studentenverbindung an der Al-



Fremdverwaltet: Während der Zeit des Referendums standen die Abstimmungsgebiete unter alliierter Verwaltung. Das Bild zeigt einen britischen Trupp und einen Franzosen (auf der Treppe) vor dem Allensteiner Rathaus. Fotos (2): Kulturzentrum Ostpreußen

bertus-Universität namens „Masovia“) wurde Deutsch und Polnisch gesprochen, man konnte polnische und deutsche Zeitungen kaufen. Der wichtigste Unterschied zwischen Polen und Masuren war die Konfession. In Großpolen war in der Regel der Pole katholisch, und der Deutsche evangelisch; in Masuren war der Deutsche oftmals katholisch und der polnischstämmige Masure so gut wie immer evangelisch. Für die Gesinnung waren diese Unterschiede gravierend.

Im Ersten Weltkrieg hat das Masurenland die volle Wucht und die Grausamkeiten der russischen Offensive vom Spätsommer 1914 zu spüren bekommen. Die Masuren waren es auch, die zusammen mit den Soldaten aus dem Westen des Reiches den Feind vor Tannenberg und an den Masurischen Seen vernichtend geschlagen haben. Dieser Sieg bedeutete in den Augen der Masuren eine Gleichberechtigung mit den übrigen Deutschen. Der deutsche Staat war auch stets dabei, wenn es darum ging, die Kriegswunden zu heilen. Partnerstädte aus dem Westen, die Staatskasse und Privatleute halfen, das verwüstete Land wieder aufzubauen, und zwar trotz des noch tobenden Krieges. Auch der Zusammenbruch des Kaiserreichs im November 1918 hat den Glauben der Masuren an den deutschen Staat nicht erschüttert.

Sprachliche Unterschiede

Die durch die alliierten Siegermächte verordnete Volksabstimmung in den südlichen Kreisen Ostpreußens war für den 11. Juli 1920 angesetzt worden. Die Einwohner sollten nur eine Frage beantworten – ob sie bei Ostpreußen verbleiben oder zur Republik Polen kommen wollten. Man nahm als Grundlage dafür die Daten der Volkszählung vom Jahre 1910. Die Abstimmung sollte in Masuren und Ermland stattfinden. Das Ermland war seit dem zweiten Frieden von Thorn 1466 bis zur ersten Teilung Polens 1772 ein polnisches Land gewesen und vorwiegend ka-

tholisch. Wie wir gleich sehen werden, spielte die Konfession der Befragten beim Ergebnis der Abstimmung die Hauptrolle, nicht die Sprache und nicht die nationale Identität.

Zur Verdeutlichung der Situation sollen hier nur wenige Zahlen genannt werden. Im Jahre 1910 sprachen im Kreise Lyck 25.755 Einwohner Polnisch/Masurisch und 27.139 Deutsch, im Kreise Oletzko 12.398 Polnisch/Masurisch und 24.562 Deutsch, im Kreise Neidenburg 20.075 Polnisch/Masurisch und nur 10.779 Deutsch, im Kreise Johannisburg 33.344 Polnisch/Masurisch und 16.379 Deutsch. Dafür im Ermland – etwa im Kreis Allenstein 33.286 Einwohner Polnisch/Masurisch und 24.562 Deutsch sowie im Kreis Rößel 6.560 Polnisch/Masurisch und 43.189 Deutsch.

Die Propaganda der Polen

Man darf aber auch nicht aus den Augen lassen, dass etwa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die masurische Mundart immer mehr aus dem Gebrauch verschwand. Kurz vor dem Untergang Ostpreußens gab es nur noch Wenige, welche diese Sprache noch gebrauchten. Das heißt also, dass 50 Jahre früher die Zahlen der polnisch/masurisch sprechenden Bevölkerung noch viel größer gewesen sind.

Die polnische Wahlpropaganda hat jedoch die Masuren verkannt. Man ging von den Erlebnissen des Ende 1918/Anfang 1919 durch den Frieden von Trier bedingten und für Polen siegreichen Posener Aufstands aus. Man ging von dem Standpunkt aus, wer Polnisch spricht und polnischen Blutes ist, wird unbedingt für Polen stimmen. Als Wahlagitatoren kamen nach Masuren fast ausschließlich katholische Patrioten aus Großpolen, nicht selten auch katholische Priester. Einen evangelischen einfachen Bauern (die Masse der Masuren waren Bauern) konnte jedoch nichts mehr verärgern als die Aussicht, vielleicht katholisch werden zu müssen.

Die polnische Wahlpropaganda hat die Masuren verkannt. Man ging von dem Standpunkt aus, wer Polnisch spricht und polnischen Blutes ist, wird unbedingt für Polen stimmen



Gescheiterte Strategie: In Masuren und im Ermland setzte die Propaganda der Polen vergeblich auf die teilweise polnische Abstammung der dortigen Bevölkerung. Im Bild die „Ermländische Hymne“ von Feliks Nowowiejski

Auch von der deutschen Seite wurde die Wahlpropaganda sehr intensiv betrieben, nicht selten gab es sogar Ausschreitungen. Letztlich hat jedoch vor allem die polnische Propaganda nicht viel genützt, da im Unterschied zu den polnischen Einwohnern des Posener Landes der evangelische Masure polnischer Abstammung genauso ein Preuße war wie sein deutscher Nachbar.

Die Abstimmungsergebnisse haben letztlich beide Seiten überrascht. In den fast rein masurischen Landkreisen wurden nahezu alle Stimmen für Ostpreußen abgegeben. In den oben aufgeführten ostpreußischen Kreisen sahen die Ergebnisse folgenderweise aus: Im Kreise Lötzen stimmten für Ostpreußen 99,9 und für Polen 0,03 Prozent der Wahlteilnehmer, im Kreise Johannisburg für Ostpreußen 99,9 und für Polen 0,04 Prozent, im Kreise Neidenburg für Ostpreußen 98,5 und für Polen 1,46 Prozent, im Kreise Oletzko 99,9 Prozent für Ostpreußen und für Polen sogar nur 0,007 Prozent. Im katholischen Ermland waren die Wahlergebnisse für Polen deutlich besser: Im Kreis Allenstein sind für Ostpreußen 86,53 und für Polen 13,4 Prozent abgegeben worden und im Kreis Rößel für Ostpreußen 97,90 und für Polen 2,10 Prozent der Stimmen. Insgesamt sind in ganz Ostpreußen für das Verbleiben im Deutschen Reich 363.202 und für Polen 7.980 Stimmen abgegeben worden.

Nach der Volksabstimmung haben sich sehr viele Politiker und Wissenschaftler mit dieser Geschichte und dem Thema befasst – aber fast ausschließlich aus einem nationalen und nicht aus dem kulturellen und konfessionellen Blickpunkt. Dabei waren letztere Aspekte – wie die oben genannten Zahlen zeigen – ausschlaggebend.

Das Ende der Masuren

Als 25 Jahre nach der Volksabstimmung die Provinz Ostpreußen mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterging, haben die Masuren dies als eigene Volksgruppe nicht überlebt. Diejenigen, die in der Heimat verblieben sind, sind dann durch die Maßnahmen der kommunistischen Regierung endgültig zu den Deutschen geworden. Wie es der Historiker Bernd Martin in seinem Buch „Masuren, Mythos und Geschichte“ schreibt: „Was die brandenburgisch-preußische Regierung in vierhundert Jahren nicht vollbracht hat, nämlich aus den Masuren bewusste Deutsche zu machen, hat die kommunistische Regierung in nur vierzig Jahren getan“. Heute fühlen sich sowohl die in der Heimat als auch im Westen lebenden Masuren nur noch als Deutsche.

● **Krzysztof Jachimowicz** (Christoph Freiherr v. Jachimowicz) entstammt einer deutsch-russisch-französisch-polnischen Familie, die väterlicherseits seit 1648 in Ostpreußen ansässig ist. Nach einem Magisterstudium an der Danziger Universität ist er seit 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Museum von Bund. Seit 2008 ist er aktives Mitglied im Bund Junges Ostpreußen (BJO) und seit 2015 Vorstandsekretär der Danziger Deutschen Minderheit (DDM). www.muzeumgdansk.pl

Der Text ist die leicht bearbeitete Fassung des Vortrags zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen. Den Originalvortrag finden Sie als Videodatei unter www.paz.de/volksabstimmung.

100 Jahre Volksabstimmung

VON MANUEL RUOFF

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Welt im Allgemeinen und Europa im Besonderen neu geordnet. Neue Staaten entstanden, neue Grenzen wurden gezogen. In einigen wenigen Fällen wurde dabei dem Selbstbestimmungsrecht der Völker durch Volksbefragungen mehr oder weniger Rechnung getragen. Derartige Befragungen sah der Versailler Frieden zwischen den Siegermächten und dem Deutschen Reich außer für Nordschleswig und Oberschlesien auch für den zwischen Weichsel und Nogat sowie Ostpreußen gelegenen Teil Westpreußens sowie das südliche Ostpreußen, konkret den Regierungsbezirk Allenstein und den Kreis Oletzko, vor.

Regelungen des Versailler Vertrags

Die Delegation des Deutschen Reiches in Versailles hatte gegen diese Pläne vehement protestiert und argumentierte: „Im südlichen Ostpreußen wird das Vorhandensein einer Bevölkerung von nicht deutscher Muttersprache benutzt, um in diesen Bezirken eine Abstimmung zu fordern. Diese Bezirke werden indes nicht von einer unbestritten polnischen Bevölkerung bewohnt. Der Umstand, dass in einzelnen Gegenden sich die nichtdeutsche Sprache erhalten hat, kann keine Rolle spielen, da diese Erscheinung selbst in den ältesten Einheitsstaaten zu beachten ist; es sei auf die Bretonen, Walliser und Basken verwiesen. Die gegenwärtige Grenze Ostpreußens liegt seit etwa 500 Jahren fest; die fraglichen Teile der Provinz haben allergrößtenteils nie zu Polen oder zu Litauen gehört. Ihre Einwohner stehen den außerhalb der deutschen Grenze befindlichen Völkerschaften infolge einer seit Jahrhunderten verschiedenen Geschichte, einer anders gearteten Kultur und eines anderen religiösen Bekenntnisses fremd gegenüber. Diese Bevölkerung hat, von einer Gruppe landfremder Agitatoren abgesehen, ein Verlangen nach Lostrennung von Deutschland niemals geäußert und ein Grund, die staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Gebiete zu ändern, liegt deshalb nicht vor. Das gleiche gilt in Westpreußen für die Kreise Stuhm, Marienburg, Marienwerder und Rosenberg. Der Kreis Marienburg hat 98 von Hundert Deutsche, der Kreis Marienwerder rechts der Weichsel ist ebenfalls fast rein deutsch, Rosenberg hat 93,7 von Hundert Deutsche. Es gibt in Polen Kreise, in denen der Prozentsatz der deutschen Bevölkerung höher ist als zum Beispiel der Prozentsatz der polnischen Bevölkerung im Kreise Rosenberg. Das Vorhandensein so kleiner Minoritäten ist nach dem Programm des Präsidenten Wilson kein Grund zur Anzweiflung des nationalen Charakters eines Gebietes; andernfalls würde das Programm zur Auflösung jeglicher Staatsordnung führen.“

Der Protest nützte jedoch nichts, und vor 100 Jahren, am 11. Juli 1920, kam es zeitgleich zu Abstimmungen im westpreußischen Abstimmungsgebiet Marienwerder und im ostpreußischen Abstimmungsgebiet Allenstein, ob diese Gebiete fürderhin zu Polen oder Ostpreußen gehören sollten. Stimmberechtigt waren alle Erwachsenen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten und entweder in einem der Abstimmungsgebiete lebten oder von dort stammten. Eine Abstimmung war nur innerhalb des Abstimmungsgebietes möglich. Um zu verhindern, dass die Ordnungsmacht Einfluss auf das Ergebnis der Abstimmung nahm, hatten die deutschen Truppen und Behörden die Abstimmungsgebiete vor der Abstimmung zu verlassen. Die Abstimmungsgebiete wurden für die Abstimmungszeit jeweils einem Ausschuss unterstellt, der aus fünf von den alliierten und assoziierten Hauptmächten



Tag der Entscheidung: Als am 11. Juli 1920 nach bangen Monaten des Wartens und des Wahlkampfs das Referendum stattfand, schmückten sich alle Abstimmungsorte festlich heraus. Im Bild der Bahnhof der masurischen Kreisstadt Neidenburg
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Chronologie einer schicksalhaften Zeit

Vom Versailler Vertrag zur Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen – ein Überblick über die Ereignisse vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Sommer 1920

ernannten Mitgliedern bestand. Diese Ausschüsse waren mit allgemeinen Verwaltungsbefugnissen ausgestattet und sollten die Abstimmung in die Wege leiten sowie eine freie, unbefusste und geheime Stimmenabgabe sicherstellen.

Am 13. Oktober und 4. November 1919 gab es relativ gute Nachrichten für die Deutschen. Am 13. Oktober bestimmten die Sieger, dass im südlichen Ostpreußen die Briten und in den westpreußischen Kreisen die Italiener das Kommando über die alliierten Truppen haben sollen. Und am 4. November wurde bestimmt, dass diejenigen Mächte, welche die Kommandogewalt haben, auch an der Spitze der jeweiligen Kommission stehen. In keinem der Abstimmungsgebiete dominierten somit die parteiischen Franzosen. Damit war eine wichtige Voraussetzung für eine faire Abstimmung gegeben.

Auszug von Militär und Verwaltung

Im Februar 1920 wurde es dann ernst. Am 1. Februar zog sich die Reichswehr aus den Abstimmungsgebieten zurück. Am 14. beziehungsweise 17. Februar übernahmen die interalliierten Kommissionen in Allenstein und Marienwerder die Häuser der jeweiligen Regierungspräsidenten und die Verwaltung. In Allenstein führte der britische Vorsitzende das Ressort Inneres und Eisenbahn, der Franzose übernahm die Justiz und der Italiener die Finanzen, das Sozialwesen sowie den Post- und Telegrafendienst. Der Japaner blieb ohne Ressort. In Marienwerder übernahm der italienische Vorsitzende das Innere, der Franzose übernahm die Finanzen, der Japaner die Justiz und der Brite Verkehr und Handel.

Am 1. Februar 1920 zog sich die Reichswehr aus den Abstimmungsgebieten zurück. Am 14. beziehungsweise 17. Februar übernahmen die interalliierten Kommissionen in Allenstein und Marienwerder die Häuser der jeweiligen Regierungspräsidenten und die Verwaltung

Die Regierungspräsidenten mussten die Abstimmungsgebiete verlassen. Dafür wurde seitens des Reiches und Preußens für die beiden Abstimmungsgebiete je ein Reichs- und Staatskommissar ernannt. Für Allenstein war das der Freiherr Wilhelm von Gayl und für Marienwerder erst der Regierungsrat Hans Kütter und nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch dann der Graf Theodor von Baudissin. Über die Funktion der Kommissare schrieb jener in Allenstein: „Dem deutschen Kommissar war eine Doppelaufgabe gestellt: Er hatte die deutschen Belange gegenüber der Kommission und den Polen zu wahren, aber auch der Kommission aufklärend und beratend zu helfen sowie ihren Verkehr mit den deutschen Regierungsstellen außerhalb des Gebietes zu vermitteln. Er war nicht einseitiger Interessensvertreter wie der polnische Generalkonsul, sondern durch ein entsprechendes Abkommen organisch mit der Kommission verbunden.“

Die Landräte und Bürgermeister sowie die Beamten durften bleiben, wurden allerdings zur Loyalität gegenüber den interalliierten Kommissionen verpflichtet. Zur zusätzlichen Kontrolle richteten die alliierten Kommissionen in jedem Kreis eine Nebenstelle ein.

Während der Herrschaft der interalliierten Kommissionen durften sowohl Polen als auch Deutsche Wahlbeziehungsweise Abstimmungskampf machen. Die Polen hatten den Vorteil, dass Warschau sie mit großem Engagement unterstützte und dass die Franzosen für sie Partei ergriffen. Die Deutschen hatten den Vorteil, dass sie im Kampf auf einheimische Kräfte zurückgreifen konnten und

dass sie die preußische Stärke des Organisationstalentes besaßen.

Wahlkampf für die Heimat

Da die Deutschen fürchten mussten, dass sie nach der Machtübernahme der Alliierten in ihrer Arbeit behindert werden könnten, begannen sie frühzeitig mit der Organisation. Am 25. März 1919 gründeten Deutsche den „Arbeitsausschuss Allenstein gegen die Polengefahr“. Da nun anderswo ein „Ostdeutscher Heimatdienst“ gegründet wurde und die Allensteiner eine Zersplitterung verhindern wollten, übernahmen sie den Namen und benannten sich von „Arbeitsausschuss Allenstein gegen die Polengefahr“ in „Bezirksstelle Allenstein des Ostdeutschen Heimatdienstes“ um. Diese Bezirksstelle Allenstein wurde zur Zentrale des Ostdeutschen Heimatdienstes. An der Spitze der Bezirksstelle stand ein vierköpfiger Vorstand. Mit deutscher Organisationstalent und deutscher Gründlichkeit wurde für jede Kreisstadt eine Kreisstelle samt Kreisstellenleiter geschaffen.

Geradezu konspirativ stellte man sich darauf ein, während der Kommissionsherrschaft auf das Schlimmste diskriminiert und verfolgt zu werden. So erhielten wichtige Funktionsträger gleich mehrere Stellvertreter, damit ein Amt nicht verwaiste, falls die interalliierte Kommission sie des Abstimmungsgebietes verweisen sollte. Auch wurden schon Exilorte jenseits der Abstimmungsgebietesgrenze bestimmt, wo sich die von der Kommission ausgewiesenen Funktionsträger sammeln sollten. Des Weiteren wurde ein Nachrichtendienst mit Läufern organisiert, um die

100 Jahre Volksabstimmung

Verbindung zwischen Funktionsträgern im Exil und den Kreisstellen aufrechtzuerhalten. Zum Glück für die Deutschen war die interalliierte Kommission fair genug, dass die Vorsichtsmaßnahmen sich als überflüssig erwiesen. Als Sprachrohr wurden die „Ostdeutschen Nachrichten“ gedruckt. Für die masurisch sprechende Minderheit gab es in Masurisch den „Preußischen Volksfreund“. Als Massenorganisation, um einmal diesen DDR-Begriff zu verwenden, wurde der „Masuren- und Ermländerbund“ gegründet. Das Ziel war es, mit den Heimatvereinen die gesamte deutschgesinnte Bevölkerung zu erfassen, was wohl in hohem Maße auch gelang.

Das Meisterstück des Ostdeutschen Heimatdienstes war jedoch die Rückführung der Abstimmungsberechtigten aus dem Reich. Die Polen ahnten zumindest, was ihnen bei einer Abstimmung der ortsansässigen Bevölkerung blühen würde. Mit der Begründung, dass die germanisierten Masuren erst einmal „reeducated“ werden müssten, forderten sie erst 150 und dann zumindest fünf Jahre polnische Herrschaft vor einer Abstimmung. Als dieser Vorschlag in Paris keine Mehrheit fand, versuchten sie mit Stoßtrupps Unruhen zu provozieren, auf dass die Abstimmungen abgesagt werden. Die deutsche Mehrheitsbevölkerung ließ sich nicht provozieren, sodass auch dieser polnische Versuch scheiterte.

Logistische Meisterleistungen

Erfolgreich waren die Polen jedoch mit dem Versuch, den Willen der ansässigen Bevölkerung zu verwässern. Sie argumentierten, dass Preußen Polen aus dem Abstimmungsgebiet vertrieben habe und deshalb nicht nur die Ortsansässigen, sondern auch die im Abstimmungsgebiet Geborenen mit mittlerweile anderem Wohnort abstimmen dürfen müssten. Mit dieser Forderung setzten sich die Polen durch, doch erwies sich dies als Bumerang. Denn nun organisierte der Ostdeutsche Heimatdienst einen großen Besucherstrom von ins Reich, vor allem in den Ruhrpott, Ausgewanderten hin in das jeweilige Abstimmungsgebiet. Als Helfer im Reich ist neben der Deutschen Reichsbahn der 1919 gegründete Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen zu nennen.

Zur Ermittlung und Verwaltung der Adressen der Ausgewanderten schuf der Ostdeutsche Heimatdienst eine eigene Abteilung für Volksabstimmung. Um die Daten vor den Alliierten zu sichern, hatte diese Abteilung ihren Sitz außerhalb des Abstimmungsgebietes, in Karlshof bei Rastenburg. Um an die Auswanderer und deren Organisationen besser heranzukommen, baute der Ostdeutsche Heimatdienst Dienststellen im Reich auf, nicht zuletzt in der Reichshauptstadt Berlin.

Im Ergebnis konnten 128.000 ausgewanderte Südostpreußen zur Stimmabgabe in ihrer alten Heimat mobilisiert werden. Fahrscheine wurden den Abstim-

mungswilligen ebenso zur Verfügung gestellt wie Reiseverpflegung, Reisekleidung und Quartiere.

Breite Solidarität

Die Bewohner des Abstimmungsgebietes erwiesen sich als fantastische Gastgeber. Für die Gäste wurden von den Heimatvereinen kulturelle Veranstaltungen und Volksfeste organisiert. An den größeren Bahnhöfen gab es Meldestellen, von denen Schüler die Gäste zu ihren Quartieren brachten. Die Meldestelle am Bahnhof Allenstein war Tag und Nacht besetzt. Tagsüber verrichteten Mädchen den Dienst, des Nachts über ältere Schüler, die dafür länger aufbleiben durften.

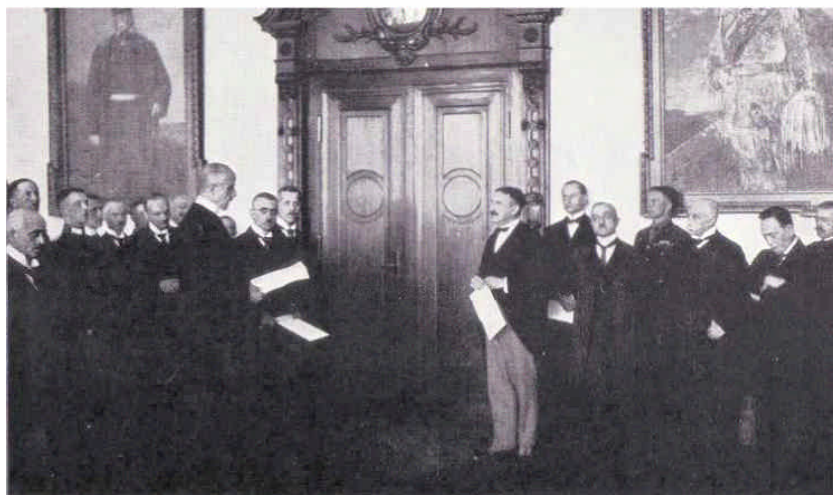
Da abschbar war, dass die Polen versuchen würden, den Strom aus dem Reich zum Abstimmungsgebiet am Korridor zu behindern, wurde dem Seeweg der Vorzug gegeben. Der damals gegründete Seedienst Ostpreußen ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Der Strom war jedoch derart groß, dass auch der Landweg durch den Korridor benutzt werden musste. Prompt versuchten die Polen, die Abstimmungswilligen durch Schikanen aufzuhalten.

Am 2. Juli 1920 berichtete der britische Vorsitzende der interalliierten Kommission für das südliche Ostpreußen dem Foreign Office: „Trotz des Protestes der Alliierten Verbindungskommission in Kowitz ist mehr als 700 Personen in den ersten beiden Wählerzügen die Durchfahrt durch das polnische Gebiet verweigert worden. Als Grund für diese Maßnahme wird von den polnischen Behörden angegeben, dass die Identität ungenügend ausgewiesen war, was angesichts dieser großen Menge von Reisenden unwahrscheinlich erscheint.“

Die Bemühungen der Polen

Dieses war allerdings nicht die einzige Methode, in der von polnischer Seite versucht wurde, auf die Abstimmung Einfluss zu nehmen. Auch auf polnischer Seite organisierte man sich für den Wahlkampf. Im Juni 1919 entstand in Warschau das Masurische Abstimmungskomitee. An dessen Spitze stand Julius (Juliusz) Bursche. Bursche war Generalsuperintendent der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen und Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirchen in Polen. Auf der Pariser Friedenskonferenz hatte er sich für eine sofortige Übertragung des Ermlands, Masurens und Westpreußens an die Republik Polen ohne vorherige Abstimmung stark gemacht. Nun da es gegen seinen Willen zur Abstimmung zumindest in einem Teil der Region kam, versuchte er das Seinige, dass Polen als Sieger aus dieser hervorging.

Ebenfalls dem Ziel, Wahlkampf für Polen zu machen, verschrieben sich der im November 1919 in Warschau gegründete Masurische Volksbund und das Ermländische Abstimmungskomitee. Der Versuch, einen paramilitärischen Masuri-



Rückkehr der deutschen Verwaltung: Die Übergabe des Abstimmungsgebietes durch die interalliierte Kommission im Sitzungssaal des Regierungspräsidiums in Allenstein
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Von den abgegebenen Stimmen entfielen etwas mehr als zwei Prozent auf Polen. Die restlichen fast 98 Prozent der Stimmen wurden für den Verbleib bei Ostpreußen abgegeben

schen Sicherheitsdienst aufzubauen, scheiterte am Mangel an ausreichendem Personal und Geld. Die polnische Regierung bemühte sich zwar nach Maßen, auf die Entscheidungen in den Abstimmungsgebieten Einfluss zu nehmen, aber ihre Mittel waren aufgrund des damaligen Krieges gegen die Sowjets beschränkt.

Das, was die polnische Regierung tat, kam nicht immer der polnischen Sache und Seite zugute. So schrieb Sir Ernest Amelius Rennie, der Vorsitzende der interalliierten Kommission im Abstimmungsgebiet Allenstein: „Das Vorgehen polnischer Agenten, welche in diesem Gebiet fremd sind, wird laut Bericht mit Missgunst von ansässigen Polen betrachtet, und es wird erwartet, dass sie die deutschsprechende Bevölkerung reizen, ohne der polnischen Seite zu nützen.“

Im Abstimmungsgebiet Marienwerder kämpften auf polnischer Seite der Preußisch-Polnische Bund und der Bund der Volksgesellschaften. An bedeutenden Exponenten der polnischen Seite sind der erste Vorsitzende des 1922 gegründeten Bundes der Polen in Deutschland, Graf Stanislaus (Stanislaw) von Sierakowski, samt dessen Ehefrau Helena aus Groß Waplitz sowie Witold und Kazimierz von Donimirski aus Buchenwalde/Hohendorf und Klein Ramsen zu nennen.

Und auch im Abstimmungsgebiet Marienwerder wirkte der Einfluss des polnischen Nachbarn nicht immer im Sinne der polnischen Sache. So schrieb der Landsmann von Rennie und Vertreter ihres Landes in der interalliierten Kommission im Abstimmungsgebiet Marienwerder, Henry Beaumont, am 10. März 1920 an das Foreign Office: „Unser Aufenthalt in diesem Bezirk war schon ausreichend lang, um alle Mitglieder dieser Kommission zu überzeugen, dass das Ergebnis der Abstimmung eine von vornherein feststehende Entscheidung ist und dass die überwältigende Mehrheit der Einwohner für Deutschland stimmen wird. Abgesehen von Stammesempfindungen haben die Provokationen, die Unterdrückungen und die Intoleranz der polnischen Behörden in dem kürzlich von ihnen besetzten Gebiet einen kläglichen Eindruck auf die Meinung nicht nur der Deutschen, sondern aller unparteiischen Beobachter hervorgeufen.“ Und im darauffolgenden Monat, am 19. April 1920, schrieb Beaumont dem Deutschlandexperten im Foreign Office Sir Eyre Crowe: „Wir kamen alle als Sympathisanten Polens her, aber seitdem wir die Dinge aus unmittelbarer Nähe gesehen haben, haben wir alle – einschließlich der Franzosen – unsere Ansichten geändert.“

Abstimmung statt. Das Abstimmungsverfahren ist insofern interessant, da es ohne Kreuzchen ablief. Vielmehr kamen zehn Zentimeter breite und acht Zentimeter hohe Stimmzettel zum Einsatz. Wenn man für Ostpreußen stimmen wollte, dann ging man vor der Wahl zu den Deutschen und ließ sich von denen einen entsprechenden Zettel geben, auf dem in Deutsch wie Polnisch, „Ostpreußen (Prusy Wschodnie)“ stand. Wenn man hingegen für Polen stimmen wollte, dann ging man zu den Polen und ließ sich einen entsprechenden Zettel schenken, auf dem in Deutsch und Polnisch „Polska – Polen“ stand. Mit dem zuvor beschafften Zettel ging man dann am 11. Juli in das Wahllokal, ließ sich einen Wahlumschlag geben, ging in den sogenannten Isolierraum, steckte den Zettel in den Umschlag, kam wieder heraus und steckte den Umschlag samt Zettel in die Wahlurne.

Für die Abstimmung im südlichen Ostpreußen hatten sich 425.305 Abstimmungsberechtigte eintragen lassen. Davon waren 37 Prozent im Abstimmungsgebiet geborene Auswanderer. Die Abstimmungsbeteiligung lag bei 87 Prozent, bei den Ortsansässigen gar bei 96 Prozent. Von den abgegebenen Stimmen entfielen knapp über zwei Prozent auf Polen. Die restlichen fast 98 Prozent stimmten für den Verbleib bei Ostpreußen.

Im Abstimmungsgebiet Marienwerder war das Ergebnis ähnlich überzeugend wie in Allenstein. Hier stimmten knapp acht Prozent für Polen und über 92 Prozent für Ostpreußen.

Kleinere Abtretungen

Obwohl mehr als neun von zehn der westpreußischen Abstimmenden für Ostpreußen gestimmt hatten, kam das westpreußische Abstimmungsgebiet nicht vollständig zu Ostpreußen. Am 12. August 1920 entschied die Botschafterkonferenz der alliierten und assoziierten Hauptmächte in Paris, dass die fünf Dörfer Neuliebenau, Kramershof, Außendiech, Johannisdorf und Kleinfelde zu Polen kamen. Vom südostpreußischen Abstimmungsgebiet wurden für Polen die drei Dörfer Nappern, Lobenstein und Groschken abgetrennt.

Nach dem planmäßigen Abzug der interalliierten Kommissionen und ihrer Truppen übernahmen der preußische Innenminister für Preußen und der Vizekanzler für das Reich am 19. und 20. August 1920 die in der beschriebenen Weise etwas verkleinerten Abstimmungsgebiete wieder unter deutsche Verwaltung.

● Dr. Manuel Ruoff ist Redakteur der Preußischen Allgemeinen Zeitung und dort verantwortlich für die Geschichtsseiten.
www.paz.de



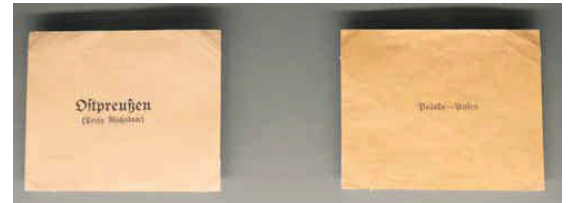
Triumph: Nach dem erfolgreichen Ausgang des Referendums wurden – wie hier in Bischofsstein – überall im Abstimmungsgebiet Jubelfeiern abgehalten. In fast jedem Ort wurden Abstimmungsdenkmäler gesetzt, die an den 11. Juli 1920 erinnern

100 Jahre Volksabstimmung

IN KÜRZE

Geschichte zum Nachlesen

Obwohl die Ereignisse vom 11. Juli 1920 in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend in Vergessenheit geraten sind, gibt es einige Schriften und Ausstellungen, die darüber tiefergehend informieren. Ein – keineswegs vollständiger – Überblick



Relikte einer schicksalhaften Zeit: Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg verfügt in seinen Beständen über originale Stimmzettel des Referendums vom 11. Juli 1920 (oben) und Informationsmaterialien (links) Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

Zeugnisse zum Anschauen

Wer wenig Vorwissen über Ostpreußen mitbringt, wird von der Volksabstimmung von 1920 vermutlich nie gehört haben. Dabei war für die Ostpreußen dieser Jahre das Ereignis einschneidend und das Abstimmungsergebnis derart eindrücklich, dass über den Moment nationaler Begeisterung hinaus zahlreiche Denkmäler zum dauerhaften Gedenken errichtet wurden – naturgemäß überstanden diese den Untergang Ostpreußens als eine deutsche Provinz nicht, weshalb dem heutigen Touristen in Masuren und im Ermland dieses Kapitel verborgen bleibt.

Im Ostpreußischen Landesmuseum mit seinem Anspruch, seinen Besuchern ein möglichst vollständiges Abbild der Geschichte Ostpreußens zu präsentieren, darf dieses selbstredend nicht fehlen. Dabei geht es den Kuratoren keineswegs nur darum, ein fraglos starkes Bekenntnis der Masuren, Ermländer und Westpreußen zu Deutschland zu vermitteln und damit die sowjetisch-polnische Propaganda der Nachkriegszeit zu widerlegen. Die Vorgänge rund um die Volksabstimmung sind vielmehr auch ein guter Beleg, wie sich das Gift eines übersteigerten Nationalismus' auch in Ostpreußen ausbreitete, wo

doch über Jahrhunderte eine bunte Mischung an Ethnien, Sprachen und Glaubensrichtungen sich zu arrangieren wusste und die „preußische Toleranz“ zu einem geflügelten Wort werden ließ.

Wer die weitere Entwicklung der politischen Stimmungslage in Ostpreußen nach dem Ersten Weltkrieg verstehen will, darf nicht nur die ökonomischen Herausforderungen durch den neuen „polnischen Korridor“ bedenken. Abgetrennt vom Mutterland erwuchs nunmehr in Ostpreußen ein latentes Gefühl, ringsum von „Feinden“ umgeben zu sein, denen ein zu Deutschland gehörendes Ostpreußen ein Dorn im Auge war. Diese Stimmungslage wussten sich schon bald die Feinde junge Republik zunutze zu machen und damit mittelfristig die Weichen auf den Weg in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs zu stellen. JM

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung
Heiligengeiststraße 38
21335 Lüneburg
Telefon: 04131 759950
E-Mail: info@ol-ig.de
www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Fundierter Überblick

Vor zehn Jahren, zum 90. Jahrestag des Referendums, veranstaltete das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen eine Sonderausstellung zur Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920.

Der dazu erschienene Begleitband ist noch heute eine fundierte Quelle zum Eintauchen in die damalige Zeit. Mit zahlreichen Fotos von Ereignissen und beteiligten Personen, Abbildungen von Flugblättern und Plakaten sowie durchgehenden deutschen und polnischen Texten vermittelt der Katalog ein anschauliches Bild der Situation nach dem Ersten Weltkrieg und zu Beginn der 20er Jahre.

Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920 / Plebiscyt w Prusach Wschodnich i Zachodnich 11 lipca 1920 roku
96 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen, 8,50 Euro zzgl. Porto

Kulturzentrum Ostpreußen,
Schloßstr. 9, 91792 Ellingen,
Telefon: +49 (0)9141 / 86440
www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Historische Fachliteratur

- Rüdiger Döhler: Ostpreußen nach dem Ersten Weltkrieg, Einst und Jetzt, Bd. 54 (2009), S. 219–235.
- Wilhelm Freiherr von Gayl: Ostpreußen unter fremden Flaggen. Ein Erinnerungsbuch an die ostpreußische Volksabstimmung vom 11. Juli 1920, 1940.
- Walther Hubatsch: Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen 1920. Ein demokratisches Bekenntnis zu Deutschland, Hamburg 1980.
- Ernst Weichbrodt: Selbstbestimmung für alle Deutschen. 1920/1980. Unser Ja zu Deutschland. Zum 60. Jahrestag der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920, Landsmannschaft Ostpreußen, Hamburg 1980.
- Max Worgitzki, Adolf Eichler, Wilhelm von Gayl: Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen. Der Kampf um Ermland und Masuren, Leipzig 1921.
- Michael Bullita: Ein Beitrag zur Organisation der Volksabstimmung im Jahre 1920 im Stadtkreis Allenstein (Ostpreußen). Altpreußische Geschlechterkunde, N.F. 54, 2006, S. 191–212.
- Paul Hoffmann: Die Volksabstimmung in Westpreußen am 11. Juli 1920. Vergleichende Darstellung der Abstimmungsergebnisse aufgrund der amtlichen Materials, Marienwerder 1920.
- Bernhart Jähning (Hrsg.): Die Volksabstimmung 1920. Voraussetzungen, Verlauf und Folgen. N.G. Elwert Verlag, Marburg 2002.



Gedenksteine im Kreis Oletzko, wo mit 28.625 Stimmen für Deutschland und zwei Stimmen für Polen das deutliche Abstimmungsergebnis erzielt wurde

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt



Zusätzlich zu Ihrem Probe-Abo der PAZ schenken wir Ihnen eine einzigartige Sammlung von Lebensgeschichten bedeutender Preußen.

■ Ja, ich bestelle 4 Wochen lang kostenlos zur Probe die Preußische Allgemeine Zeitung. Das Probeabo endet automatisch mit dem Erhalt der letzten Ausgabe. Als kleines Geschenk erhalte ich die Broschüre „20 große Preußen“.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg



4 Wochen gratis lesen

Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de